

# **BR/GT I/22 d/69**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ  
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES  
EUROPÄISCHEN PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 18. November 1969  
BR/GT I/22/69

- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungs-  
verfahren

S t u d i e

zur Frage der erneuten Veröffentlichung nach Prüfung

Artikel 96

Die Arbeitsgruppe I hat bereits auf ihrer ersten Sitzung vom 8.-11. Juli 1969 anlässlich der Behandlung des vorläufigen Schutzes der europäischen Patentanmeldung die Frage erörtert, wie zwischen der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung nach Ablauf von 18 Monaten (Artikel 86a) und der Veröffentlichung der Patentansprüche nach Prüfung zum Zwecke der Eröffnung des Einspruchsverfahrens (so bisher Artikel 96) besser unterschieden werden könne. Die niederländische Delegation hat damals zu erwägen gegeben, ob die Patentanmeldung von der Veröffentlichung gemäß Artikel 96 an "vorläufiges Patent" genannt werden könne (Sitzungsbericht vom 31. Juli 1969, Nr. 42).

Auf der zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe vom 14.-17. Oktober 1969 wurde die Frage besprochen, wie die Veröffentlichung gemäß Artikel 96 beschaffen sein solle (Sitzungsbericht vom 12. November 1969, Nr. 80 und 81). Es standen hierbei zur Diskussion:

- a) Veröffentlichung der für gewährbar gehaltenen Patentansprüche im Patentblatt (ursprünglicher Vorschlag des Vorsitzenden zu Artikel 96 in der Arbeitsunterlage BR/GT I/9/69);
- b) Veröffentlichung der für gewährbar gehaltenen Patentansprüche als besondere Schrift mit vorangestellter Bibliographie der Anmeldung (neuer Vorschlag des Vorsitzenden im Verlauf der zweiten Sitzung);
- c) Veröffentlichung einer Schrift, die neben der Bibliographie die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen der Anmeldung in der für gewährbar gehaltenen Fassung enthält (niederländischer Vorschlag).

Die Arbeitsgruppe erwog zunächst die Möglichkeiten a) und b). Dabei gab sie der Möglichkeit b) den Vorzug, da die Herausgabe eines besonderen Blattes für die beteiligten Kreise zweckmäßiger ist, ohne dem Amt nennenswerte Mehrausgaben zu verursachen. Nachdem von der niederländischen Delegation die dritte Möglichkeit zur Diskussion gestellt worden war, neigte die Arbeitsgruppe dieser Lösung zu. Der Redaktionsausschuß hat dementsprechend einen vorläufigen Absatz 2 zu Artikel 96 entworfen (vgl. Dokument vom 7. November 1969, BR/9/69).

Die Arbeitsgruppe konnte sich noch keine endgültige Meinung darüber bilden, ob im Falle der Lösung zu c) die spätere Herausgabe einer Patentschrift für das erteilte Patent entfallen könne, wenn kein Einspruch eingelegt wird oder aber der Einspruch nicht zu einer Änderung führt. Der Vorsitzende hat es übernommen, die damit verbundenen Fragen anhand der Erfahrungen des Deutschen Patentamts darzulegen.

Zu diesem Zweck wurden aus den Verfahren vor dem Deutschen Patentamt Verhältniszahlen errechnet. Diese Verhältniszahlen, die nur Annäherungswerte sind, beziehen sich auf 100 Veröffentlichungen nach Prüfung der Anmeldung (Bekanntmachung der Anmeldung durch Herausgabe der grünen "Auslegeschrift"). Die Annäherungswerte ergeben folgendes Bild:

|  |           |
|--|-----------|
| Nach Prüfung veröffentlichte Anmeldungen                     | 100       |
| Davon  |           |
| führen zum Einspruch ohne Patenterteilung                    | 72        |
| werden mit Einspruch angegriffen                             | <u>28</u> |
| von diesen 28 Einspruchsverfahren führen                     |           |
| zur Zurücknahme der Anmeldung oder zur Versagung des Patents | 13        |
| zur Erteilung des Patents in geänderter Form                 | 12        |
| zur unveränderten Erteilung des Patents                      | 3*        |

Soweit dem Vorsitzenden bekannt, ist der Prozentsatz der mit Einspruch angegriffenen veröffentlichten Anmeldungen beim Deutschen Patentamt im Vergleich zu anderen Patentämtern verhältnismäßig groß. Die Arbeitsgruppe müßte sich daher zunächst eine Auffassung darüber bilden, ob und inwieweit die vorgenannten Erfahrungswerte des Deutschen Patentamts auch für das Europäische Patentamt angenommen werden können.

Legt man die deutschen Erfahrungen auch für das europäische Patenterteilungsverfahren zugrunde, so kommt man zu dem Ergebnis, daß für die Lösung zu c) ein ganz oder teilweiser Neudruck der europäischen Patentschrift in 12% der Fälle notwendig werden würde.

\* Diese Zahl ist deswegen so niedrig, weil selbst kleine Abweichungen, z.B. Klarstellung eines Anspruchs, als Änderungen zählen.

In 75% der Fälle (72% + 3%) würde demnach - wenn man die Erfahrungen im Deutschen Patentamt auf das europäische Patenterteilungsverfahren überträgt - die "vorläufige Patentschrift" mit der "endgültigen Patentschrift" übereinstimmen. Für das europäische Patenterteilungsverfahren stellt sich nun das Problem, ob auch in diesen Fällen nach Erteilung des "endgültigen Patents" eine neue Schrift im Wege des Nachdrucks herausgegeben werden soll.

Das Deutsche Patentamt nimmt derzeit einen Nachdruck der Patentschrift (weißes Papier) vor, auch wenn der Text gegenüber der sogenannten Auslegeschrift (grünes Papier) keine Änderungen aufweist. Die Kosten für diesen Nachdruck in 75% der Fälle betragen etwa 16% der Kosten für den Druck aller Auslegeschriften (100%). Die Kosten sind deshalb relativ niedrig, weil der Satz unverändert bleibt und lediglich die Kosten für Druck und Papier erneut anfallen.

Die Arbeitsgruppe wird daher zu entscheiden haben, ob in dem Falle, in dem die "vorläufige Patentschrift" nach Artikel 96 Absatz 2 mit der "endgültigen Patentschrift" übereinstimmt,

- a) ein Nachdruck für die "endgültige Patentschrift" vorgenommen werden soll oder
- b) die "vorläufige Patentschrift" als endgültige gelten soll.

Im letzteren Falle wäre im Europäischen Patentblatt mit der Bekanntmachung der Patenterteilung ein entsprechender Hinweis zu verbinden.

Der Vorsitzende möchte darauf hinweisen, daß im Falle des Verfahrens zu b) der europäischen Patentschrift selbst nicht angesehen werden kann, ob sie nur eine vorläufige oder eine endgültige Patentschrift ist.